

Niederschrift über die 10. Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 18.03.2026
Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 19:09 Uhr
Ort, Raum: Rodenkirchen großer Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Ilona Fritz

Mitglieder

Herr Jörn Haats

Herr Olaf Helwig

Frau Monika Hirdes

Frau Elke Kuik-Janssen

Vertr. für Nina Sommer

Herr Jürgen Neels

Herr Hanke Schnitger

Herr Oleg Wilhelm

Frau Dr. Gabriele Wobbe-Sahm

Ratsmitglieder/Gäste

Herr Günter Busch

Frau Erika Weubel

Gäste

Frau Petra Blohm

Stellvertretende Schulleitung Grundschule
Rodenkirchen

Herr Markus Dollerschell

Frau Nicole Gawronski

Frau Farina Herz

Herr Bernhard Tülp

Präventionsrat

Lehrerin Grundschule Rodenkirchen

Vorsitzender Senioren- und Behindertenbeirat

von der Verwaltung

Frau Olga Bauer

Frau Svetlana Pfannenstiel

Herr Bürgermeister Harald Stindt

Protokollführer-/in

Frau Alina Freese

Abwesend:

Mitglieder

Frau Nina Sommer

Tagesordnung:

- 1** Eröffnung der Sitzung
- 1.1** Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 1.2** Feststellung der Tagesordnung
- 2** Genehmigung der Niederschrift der 9. Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales -öffentlicher Teil
- 3** Einwohnerfragestunde
- 4** Vorstellung der ZusammenWachsen e.G.
Vorlage: MV/025/2026
- 5** Sportlerehrung für das Jahr 2025
Vorlage: BV/023/2026
- 6** Bericht über die geplanten Ferienpassaktionen 2026
Vorlage: MV/027/2026
- 7** Flüchtlingssozialarbeit
hier: Beratung und Beschlussfassung über eine Verlängerung der Vereinbarung mit dem Refugium Wesermarsch e.V.
Vorlage: BV/030/2026
- 8** Bericht zum Thema Ganztagschule in Stadland
hier: aktuelle Sachstände und Veranlassungen
Vorlage: MV/024/2026
- 9** Ferienbetreuung ab August 2026
Planungen und Sachstände
Vorlage: MV/026/2026
- 10** Hortschließung zum 31.07.2026
Vorlage: BV/028/2026
- 11** Bericht über die Gruppenstruktur in den gemeindlichen Kindertagesstätten
Vorlage: MV/029/2026
- 12** Beirat für Senioren und Behinderte
Bericht zu Aktivitäten
Übersicht über die verausgabten Mittel aus 2025
Vorlage: MV/031/2026
- 13** Mitteilungen der Verwaltung
- 14** Anfragen der Ratsmitglieder
- 15** Einwohnerfragestunde

zu 1 Eröffnung der Sitzung
--

Die Ausschussvorsitzende Frau Fritz eröffnet die Sitzung um 16:30 Uhr.

zu 1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende Frau Fritz stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 1.2 Feststellung der Tagesordnung
--

Die Ausschussvorsitzende Frau Fritz lässt über die vorliegende Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis

**Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0
einstimmig beschlossen**

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der 9. Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales -öffentlicher Teil
--

Die Ausschussvorsitzende Frau Fritz lässt über die Genehmigung der Niederschrift der 9. Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales am 20.11.2025 –öffentlicher Teil- abstimmen.

Abstimmungsergebnis

**Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0
einstimmig beschlossen**

zu 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

zu 4	Vorstellung der ZusammenWachsen e.G. Vorlage: MV/025/2026
-------------	--

Sach- und Rechtslage:

Die Genossenschaft ZusammenWachsen e.G. bittet darum, sich im Rahmen der Ausschusssitzung durch den Vorstand vorstellen zu dürfen.

Herr Markus Dollerschell bedankt sich für die Möglichkeit der Vorstellung und präsentiert die Genossenschaft *ZusammenWachsen e.G.*.

Das Gründerteam besteht aus vier Familien, die jeweils Kinder mit besonderen Bedürfnissen haben. Aus eigener Erfahrung heraus wurde festgestellt, dass insbesondere der Unterstützungsbereich für Kinder oft zu wenig Beachtung findet. Ziel der Genossenschaft ist es daher, betroffene Familien umfassend zu unterstützen und bestehende, häufig wenig bekannte Leistungsangebote zugänglicher zu machen (z. B. individuelle Beratung, Förderung und Unterstützung). Im Team arbeiten Fachkräfte aus unterschiedlichen Bereichen, darunter Heilpädagogik, Kindertagespflege und Schulbegleitung. Eine Gewinnerzielungsabsicht steht nicht im Vordergrund.

Ziel ist der Aufbau und die Bereitstellung qualitativ hochwertiger, lokaler Angebote zur Betreuung, Beratung und Förderung von Kindern und Familien. Dazu zählen insbesondere Beratungs- und Unterstützungsleistungen, inklusive Betreuungsangebote sowie heilpädagogische Förderung und therapeutische Angebote. Auch die Unterstützung bei Anträgen und die Mitbestimmung von Kindern und Eltern spielen eine zentrale Rolle.

Langfristig ist die Einrichtung eines zentralen Standorts zur Zusammenführung der Angebote vorgesehen. Eine mögliche Nutzung einer Immobilie in Seefeld sowie Kooperationsmöglichkeiten mit der Gemeinde wurden angesprochen.

Die Genossenschaft befindet sich in der Aufbauphase. Erste personelle Strukturen und Kooperationen bestehen bereits. Zur weiteren Umsetzung werden Fachkräfte, Ehrenamtliche, Mitglieder sowie Kooperationspartner benötigt.

Die Präsentation wird dem Protokoll beigelegt.

zur Kenntnis genommen

zu 5	Sportlerehrung für das Jahr 2025 Vorlage: BV/023/2026
-------------	--

Sach- und Rechtslage:

Für das Jahr 2025 sind der Verwaltung insgesamt 25 Einzelsportlerinnen und -sportler sowie elf Mannschaften zur Ehrung gemeldet worden.

Die Sportlerehrung soll im gewohnten Rahmen durchgeführt werden. Vorgesehen ist erneut die Verleihung von Urkunden und Medaillen als Anerkennung der sportlichen Leistungen. Als Veranstaltungsort ist die Markthalle Rodenkirchen vorgesehen.

Es wird ohne weitere Beratung über die vorliegende Beschlussempfehlung abgestimmt.

Beschlussempfehlung:

Der Gemeinderat beschließt, die Ehrung der vorgeschlagenen Sportlerinnen und Sportler entsprechend der geltenden Ehrungsrichtlinie der Gemeinde Stadland durchzuführen.

Abstimmungsergebnis

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0
einstimmige Beschlussempfehlung

zu 6	Bericht über die geplanten Ferienpassaktionen 2026 Vorlage: MV/027/2026
-------------	--

Sach- und Rechtslage:

Der Bericht zum Ferienpass 2026 ist durch die zuständige Bearbeiterin erstellt worden. Er enthält eine Übersicht und Erläuterung der geplanten Veranstaltungen.

Herr Bürgermeister Stindt berichtet über den aktuellen Stand des Ferienpasses. Vor einigen Wochen hat ein Treffen mit den aktiven Beteiligten stattgefunden, welches wieder sehr gut ankam. Mit dem zur Verfügung gestellten Budget sei eine Abdeckung der geplanten Angebote gesichert. Es sieht so aus, dass erneut viele attraktive Angebote umgesetzt werden können. Herr Stindt wies darauf hin, dass Kleinstbeträge unter 5 Euro nicht zurückerstattet werden.

Ratsfrau Kuik-Janssen berichtete von Ihrer Teilnahme an dem Treffen und lobte insbesondere das Engagement von Frau Kintscher, die den Ferienpass maßgeblich organisiert. Außerdem hob sie die Vielfalt der Angebote hervor und erinnert daran, dass der Ferienpass nicht nur ein Freizeitangebot der Gemeinde ist, sondern auch Kinder und Familien berücksichtige, die nicht in den Urlaub fahren können.

Frau Gawronski erkundigt sich, ob es schon eine Tendenz gibt, zu wann das Zeltlager vorgezogen werden soll.

Herr Bürgermeister Stindt erklärt, dass die Verwaltung darüber informiert, sobald es neue Informationen gibt.

zur Kenntnis genommen

zu 7	Flüchtlingssozialarbeit hier: Beratung und Beschlussfassung über eine Verlängerung der Vereinbarung mit dem Refugium Wesermarsch e.V. Vorlage: BV/030/2026
-------------	---

Sach- und Rechtslage:

Mit Beschluss des Rates vom 06.06.2019 hat die Gemeinde Stadland die Aufgabe der Flüchtlingssozialarbeit für den Zeitraum vom 01.07.2019 bis 30.06.2020 durch Vereinbarung

auf das Refugium Wesermarsch e.V. übertragen. Diese Vereinbarung wurde mehrmals um jeweils ein Jahr verlängert und läuft am 30.06.2026 ab.

Die Gründe für die seinerzeit vorgenommene Übertragung auf das Refugium Wesermarsch e.V. bestehen nach wie vor. Für das Jahr 2026 stellt der Landkreis Wesermarsch den kreisnahren Kommunen ein entsprechendes Budget für die Gewährleistung der Flüchtlingssozialarbeit bereit.

Die im letzten Jahr abgeschlossene Vereinbarung soll nunmehr um ein weiteres Jahr verlängert werden. Das Leistungsentgelt beträgt weiterhin 34.387,50 €. Im Haushalt 2026 sind Mittel in der entsprechenden Höhe eingestellt.

Ratsherr Haats fragt, ob es Zahlen dazu gibt bzw. in welchem Umfang die Beratung wahrgenommen wird.

Herr Bürgermeister Stindt berichtet, dass alle ankommenden Flüchtlinge betreut werden und dass die Zahlen ins Protokoll aufgenommen werden sollen.

Ratsfrau Kuik-Janssen ergänzt, dass das Angebot stark und gut angenommen wird. Sie schlägt vor, jemanden vom Refugium einzuladen, der darüber berichten kann.

Ratsfrau Hirdes stimmt zu, dass das Angebot gut angenommen wird, und weist darauf hin, dass im Rathaus immer Ansprechpersonen zur Verfügung stehen.

Der Bericht wird dem Protokoll beigefügt.

Beschlussempfehlung:

Die bestehende Vereinbarung mit dem Refugium Wesermarsch e.V. zur Übernahme der Flüchtlingssozialarbeit in der Gemeinde Stadland wird für den Zeitraum vom 01.07.2026 bis zum 30.06.2027 entsprechend des beigefügten Vertragsentwurfes verlängert.

Abstimmungsergebnis

**Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0
einstimmige Beschlussempfehlung**

zu 8	Bericht zum Thema Ganztagschule in Stadland hier: aktuelle Sachstände und Veranlassungen Vorlage: MV/024/2026
-------------	--

Sach- und Rechtslage:

Gemäß den aktuellen Ratsbeschlüssen ist die Umsetzung der Ganztagsbetreuung in der Gemeinde Stadland durch die Ganztagsgrundschule vorgesehen. Die Umsetzung erfolgt sowohl an der Grundschule in Rodenkirchen als auch an der Grundschule in Seefeld mit der Grundschule Seefeld-Schwei.

Die Umsetzung erfolgt für die Klassen 1 bis 4 und für die Wochentage Montag bis Freitag.

Für die Grundschule in Rodenkirchen liegen bereits über 100 Anmeldungen vor, und somit nehmen in Rodenkirchen mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler an dem Ganztagsangebot teil.

Für die Grundschule in Seefeld liegen bereits über 70 Anmeldungen vor, und somit nehmen in Seefeld fast alle Schülerinnen und Schüler an dem Ganztagsangebot teil.

Wie viele dieser Anmeldungen später auch in den Bereich des Mittagessens übergehen, ist noch nicht abschließend geklärt.

In Rodenkirchen soll das Mittagessen über die örtliche Mensa der Oberschule angeboten werden. Hierzu ist die Gemeinde Stadland in engen Abstimmungen mit dem Landkreis Wesermarsch. Eine gemeinsame Vereinbarung zur Aufteilung der Kosten ist bereits erarbeitet und befindet sich in der Abstimmung.

In Seefeld soll das Mittagessen in einer noch zu errichtenden Mensa-Aula angeboten werden. Sofern die baulichen Maßnahmen zum Beginn des Schuljahrs noch nicht vollumfänglich umgesetzt sind, kann gemäß Erlasslage das Essen auch in einem vorhandenen Klassenraum angeboten werden.

Die Kosten für das Mittagessen sind von den Eltern zu tragen.

Für den **Standort Seefeld** sind in Bezug auf das Mittagessen noch folgende Anforderungen zu erfüllen:

- Aufstockung des Reinigungspersonals für Zwischenreinigungen und Endreinigungen in Bezug auf das Mittagessen.
- Aufstockung des Personals in Bezug auf die Essensausgabe.
- Bereitstellung von Personal für die Begleitung der Essenseinnahme
- Erweiterung des Personalschlüssels in Bezug auf das Sekretariat (Bestellung und Abrechnung der Essen).
- Erweiterung des Personalschlüssels in Bezug auf die Tätigkeiten des Hausmeisters

In Bezug auf den Standort in Seefeld wird das Mittagessen über einen Caterer angeboten.

Es muss jedoch warmgehalten und ausgegeben werden.

Für den **Standort Rodenkirchen** sind in Bezug auf das Mittagessen noch folgende Anforderungen zu erfüllen:

- Abschluss einer gemeinsamen Vereinbarung zur Aufteilung der Kosten
- Bereitstellung von Personal für die Begleitung der Essenseinnahme
- Erweiterung des Personalschlüssels in Bezug auf das Sekretariat (Bestellung und Abrechnung der Essen)
- Erweiterung des Personalschlüssels in Bezug auf die Tätigkeiten des Hausmeisters.

In Bezug auf den Standort in Rodenkirchen wird das Mittagessen über die Mensa der Oberschule angeboten.

Zur Optimierung und Sicherung des Betriebs werden von den ehemaligen Hort-Mitarbeiterinnen zwei Mitarbeiterinnen die Umsetzung des Ganztags am Standort in Rodenkirchen unterstützen. Zur Optimierung und Sicherung des Betriebs wird von den ehemaligen Hortmitarbeiterinnen eine Mitarbeiterin die Umsetzung des Ganztags am Standort in Seefeld unterstützen.

Direkt oder indirekt wirken die aktuellen Baumaßnahmen in Rodenkirchen und Seefeld auf den Betrieb des Ganztags ein. Die baulichen Aktivitäten beginnen in Rodenkirchen im April 2026, und die weiteren Baumaßnahmen für den Standort in Seefeld werden im April 2026 politisch beraten. Haushaltsmittel für beide Maßnahmen stehen im Haushalt 2026 zur Verfügung.

Herr Bürgermeister Stindt berichtet, dass ein Elternabend in Rodenkirchen stattgefunden hat und dieser gut verlaufen ist. In Seefeld soll nach dem Fachausschuss ein Informationsabend stattfinden, in dem dann auch über die baulichen Maßnahmen informiert werden kann. Die Veranstaltung in Rodenkirchen war konstruktiv, die Zusammenarbeit mit den Schulen eng und unterstützend. Die Ganztagschule wird von den Eltern sehr gut angenommen. Die Anmeldezahlen übertreffen die Erwartungen: In Rodenkirchen möchten derzeit 108 von 180 Schülern den Ganztag besuchen, in Seefeld 76 von 80 Kindern. Finanzielle Fragen, insbesondere die Kosten für das Mittagessen, und die Organisation der Nachmittagsbetreuung sind noch offen.

Ratsfrau Kuik-Janssen bedankt sich für die Arbeit, die geleistet wird. Sie bezeichnet die Umsetzung als große Herausforderung, ist aber überzeugt, dass es laufen wird, wenn sich alles eingespielt hat. Prinzipiell findet sie das Angebot weiterhin gut. Sie betont, dass die Mensa in Rodenkirchen gute Voraussetzungen bietet und in Seefeld entsprechende Möglichkeiten geschaffen werden.

Ratsfrau Hirdes weist darauf hin, dass bislang noch keine klare Mitteilung des Landes vorliegt, welche konkreten Mitteln dafür zu Verfügung gestellt werden.

Frau Herz, eine Lehrerin der Grundschule Rodenkirchen, stellt sich vor und berichtet aus Sicht des Kollegiums der Grundschule Rodenkirchen. Die Entscheidung für einen Ganztag über fünf Tage wird kritisch gesehen, nicht wegen des Angebots selbst, sondern aufgrund der personellen Situation. Hauptpunkte:

- Lehrkräftemangel und steigende Anforderungen an die Schule belasten das Personal stark.
- Betreuungspersonal ist unzureichend: Statt der zugesagten fünf Hortmitarbeiterinnen stehen nur zwei zur Verfügung.
- Die aktuelle Situation macht eine verlässliche Betreuung von über 100 Kindern an fünf Tagen nicht möglich.
- Vertretungsregelungen, Notbetreuung und organisatorische Belastungen während der Unterrichtszeit sind nicht gesichert.

Die Schule schlägt vor, zunächst mit einem Vier-Tage-Ganztag zu starten, um eine stabile Betreuung zu gewährleisten. Frau Herz betont, dass die fachliche Einschätzung der Lehrkräfte und Betreuerinnen, die täglich mit den Kindern arbeiten, stärker berücksichtigt werden sollte. Entscheidungen, die die Umsetzung betreffen, sollten die Realität vor Ort einbeziehen, um verlässliche Strukturen und qualitativ gute Angebote sicherzustellen.

Ratsherr Helwig bedankt sich für die Ausführungen und erklärt, dass er der 5-Tage-Woche zugestimmt habe, damit die Eltern dieses Angebot nutzen können.

Ratsfrau Hirdes gibt an, dass sie bisher davon ausgegangen sei, dass Eltern einen Anspruch auf eine 5-Tage-Woche hätten.

Frau Kuik-Janssen ergänzt, dass der gesetzliche Rechtsanspruch bei 40 Stunden pro Woche liegt, diese Stunden aber flexibel verteilt werden könnten. Sie erkundigt sich, ob für den Freitag tatsächlich Bedarf besteht.

Konrektorin Frau Blohm berichtet, dass für den Freitag 50 Anmeldungen vorliegen.

Herr Bürgermeister Stindt weist darauf hin, dass dieses Thema besser im Schulausschuss behandelt wird. Er erklärt, dass eine 5-Tage-Betreuung verpflichtend ist, eine 5-Tage-Ganztagschule jedoch nicht. Die fachliche Einschätzung der Schule sei berücksichtigt worden, da in einer vergangenen Schulausschusssitzung ein Berater die Vorteile einer Ganztagschule dargestellt und die Bedeutung einer 5-Tage-Betreuung betont habe.

Ratsherr Busch stellt klar, dass gesagt worden sei, eine 5-Tage-Woche sei erforderlich, da sonst Zuschüsse entfallen würden. Gleichzeitig stimmt er Herrn Bürgermeister Stindt zu, dass eine Beratung erfolgt sei.

Das Thema wird zur detaillierten Beratung als eigener Tagesordnungspunkt in der nächsten Schulausschusssitzung am 15.04.2026 behandelt.

Die Vorsitzende Frau Fritz schließt den Tagesordnungspunkt.

zur Kenntnis genommen

zu 9	Ferienbetreuung ab August 2026 Planungen und Sachstände Vorlage: MV/026/2026
-------------	---

Sach- und Rechtslage:

Bedingt durch die rechtlichen Veränderungen im Bereich der Ganztagsbetreuung ändert sich auch das Vorgehen der Gemeinde Stadland. Eine rechtliche Verpflichtung für die Umsetzung der Ferienbetreuung liegt grundsätzlich beim Träger der Jugendhilfe (Landkreis Wesermarsch).

Derzeit erarbeitet der Landkreis Wesermarsch mit den Kommunen eine Vereinbarung, um die Rahmenbedingungen und die Finanzierung der Ferienbetreuung zu regeln. Eine Fertigstellung wird vor den Sommerferien 2026 erwartet.

Während die Ganztagsbetreuung überjährig in der Ganztagschule (Grundschule) umgesetzt wird, sollte die Ganztagsbetreuung in den Ferienzeiten durch die Gemeinde Stadland umgesetzt werden. Soweit möglich erscheint dieses Vorgehen auch durchaus zielführend.

Ein Rechtsanspruch auf die Ferienbetreuung besteht für die Grundschul Kinder im ersten Schuljahr und dieser Rechtsanspruch ist dann jährlich aufwachsend.

Ausgehend von den aktuellen 12 Ferienwochen für die Grundschulen in Niedersachsen müsste die Gemeinde Stadland die Ferienbetreuung für mindestens acht Wochen anbieten. Vier Wochen dürfen im Jahr geschlossen werden bzw. es muss keine Ferienbetreuung angeboten werden. In der Regel wird es dabei um drei Wochen in der Sommerzeit und eine Woche in der Weihnachtszeit gehen.

Nach den vorliegenden Erkenntnissen müsste die Gemeinde Stadland die Ferienbetreuung in Stadland an mindestens einem Ort anbieten. Unklar sind indes noch der Betreuungsschlüssel und auch die benötigten Betreuungsqualifikationen.

Auch hier ist die Gemeinde Stadland in einer Klärung mit dem Landkreis Wesermarsch und anderen Behörden. Klar ist jedoch, dass die Kinder der ersten Klassen einen

Rechtsanspruch haben und dieser Rechtsanspruch, sofern der entsprechende Bedarf besteht, an fünf Tagen in der Woche umgesetzt werden muss und an allen Tagen mit einer Zeit von acht Stunden pro Tag.

Ob diese Notwendigkeit tatsächlich gegeben ist, ergibt sich dann aus den Anmeldungen zur Ferienbetreuung.

Durch den umfangreichen Rechtsanspruch ist dann auch ein Mittagessen für die Teilnehmer an der Ferienbetreuung vorzuhalten beziehungsweise anzubieten.

Im Gegensatz zur Ganztagsbetreuung an den Grundschulen ist die Ferienbetreuung für die Teilnehmer bzw. die Eltern der Teilnehmer nicht kostenfrei. Das gilt auch für das angebotene Mittagessen.

Die Kosten müssen noch in einer gemeindlichen Satzung geregelt werden. Der erste Entwurf einer solchen Satzung besteht bereits, jedoch müssen erst die finanziellen Rahmenbedingungen durch die Beteiligung des Landkreises, der Anzahl der einzusetzenden Betreuungspersonen sowie die erforderlichen Qualifikationen geklärt sein, um von konkreten Zahlen sprechen zu können.

Bereits im Jahr 2026 könnte es Anforderungen an die Ferienbetreuung geben, die von der Gemeinde Stadland aktuell nicht zu erfüllen wären.

Hierbei könnte es um Anforderungen der Kinder aus den Klassen zwei bis vier der Grundschulen gehen.

Jährlich aufwachsend entsteht auch hier ein Betreuungsanspruch; jedoch könnte es durchaus berechtigtes Interesse auch schon in diesem Jahr geben.

Insofern wäre es durch einen angepassten Personalschlüssel oder einen Drittanbieter möglich, dass die Gemeinde Stadland auch diese Ansprüche und Anforderungen umsetzt. Vorrangig müssten jedoch die Kinder mit einem Rechtsanspruch berücksichtigt werden.

Die Umsetzung der Ferienbetreuung könnte mit eigenen Mitarbeitern, sofern vorhanden, oder aber auch mit einem Drittanbieter erfolgen. Hierzu hat die Gemeinde Stadland nicht nur eine Abfrage bei verschiedensten Anbietern gestartet, sondern ist mit mindestens drei verschiedenen Anbietern in konkreten Gesprächen.

Auch diese Gespräche gestalten sich schwierig, weil auch Drittanbieter nicht konkret wissen, mit welcher Qualität an Personal und mit welchem Betreuungsschlüssel geplant werden muss. Die politischen Vorgaben sind hier weiter unzureichend.

Die aktuell unklaren rechtlichen Rahmenbedingungen lassen weitere und konkretere Planungen noch nicht zu.

Sofern kein Drittanbieter für die Ferienbetreuung gewonnen werden kann, setzt die Gemeinde Stadland gerade im Jahr 2026 auf die personellen Ressourcen aus den ehemaligen Horteinrichtungen. Ob eine weitere personelle Unterstützung aus den Kindertageseinrichtungen möglich ist, wird gerade ermittelt.

Die Anzahl der Teilnehmer an der Ferienbetreuung bestimmt sich im weiteren Verlauf an der Verfügbarkeit von eigenen personellen Ressourcen oder aber einem Vertragsabschluss mit einem Drittanbieter.

Herr Bürgermeister Stindt berichtet, dass der Landkreis Wesermarsch als Träger der Jugendhilfe für die Ferienbetreuung verantwortlich ist, die Kommunen jedoch die Durchführung

übernehmen sollen. Im Mittelpunkt stehen noch offene Fragen zur Finanzierung sowie zu den Rahmenbedingungen, insbesondere zum Betreuungsschlüssel und zur Qualifikation des Personals. Ein Treffen der Bürgermeister mit dem Landrat am 19. März 2026 soll Klarheit über die Finanzierung bringen. Gespräche mit externen Institutionen haben bereits stattgefunden, um die Ferienbetreuung zu unterstützen. Eine durchgängige Betreuung durch externe Institutionen, unter den aktuellen Bedingungen, gestaltet sich jedoch als schwierig.

zur Kenntnis genommen

zu 10	Hortschließung zum 31.07.2026 Vorlage: BV/028/2026
--------------	---

Sach- und Rechtslage:

Gemäß den aktuellen Ratsbeschlüssen ist die Umsetzung der Ganztagsbetreuung (eigenständiger Rechtsanspruch) in der Gemeinde Stadland durch die Ganztagsgrundschule vorgesehen. Dieses Angebot steht den Schülerinnen und Schülern ab dem Schuljahr 2026/2027 nach den Sommerferien kostenfrei zur Verfügung.

Beantragt ist bei der Landesschulbehörde ein Ganztagschulbetrieb für die Kinder vom ersten bis zum vierten Schuljahr und an fünf Tagen in der Woche.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass ein Großteil der derzeit im Hort betreuten Kinder künftig das schulische Ganztagsangebot in Anspruch nehmen wird, zumal es sich beim Hort um ein kostenpflichtiges Betreuungsangebot handelt. Die aktuellen Abfragen bestätigen diesen Eindruck.

Der Verwaltung ist bewusst, dass die Schließung des Hortes für einzelne Familien Veränderungen in der Betreuungssituation mit sich bringen kann, da die Hortbetreuung Betreuungszeiten bis 16:30 Uhr umfasst. Diese Betreuungszeiten werden durch das schulische Ganztagsangebot nicht vollständig abgedeckt.

Gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 NKiTaG (Niedersächsisches Kindertagesstättengesetz) genügt es für eine Hortgruppe, wenn der Mindestumfang der Förderung nach Satz 1 Nr. 2 (regelmäßig mindestens 20 Stunden pro Woche während der Kernzeit) im Durchschnitt des Kindergartenjahres angeboten wird. Da das schulische Ganztagsangebot jedoch den Großteil der bisherigen Hortbetreuung abdeckt, könnte der Hort die verbleibende Zeit nicht mehr in der gesetzlich vorgeschriebenen Mindeststundenzahl anbieten. Ein Weiterbetrieb des Hortes wäre somit nicht mehr mit den Vorgaben des NKiTaG vereinbar.

Aufgrund der Einführung der kostenfreien schulischen Ganztagsbetreuung ist davon auszugehen, dass der Bedarf an Hortplätzen nach den Sommerferien 2026 nicht nur deutlich zurückgeht, sondern dem Grunde nach erlischt. Ein Weiterbetrieb des Hortes ist rechtskonform nicht mehr möglich und zudem auch nicht mehr erforderlich.

Aus diesem Grund empfiehlt die Verwaltung, den Hort mit Ablauf des 31.07.2026 zu schließen.

Nach entsprechender Beschlussfassung werden die Eltern der derzeit betreuten Kinder durch die Verwaltung zeitnah über die Schließung des Hortes und die weiteren Betreuungsmöglichkeiten informiert.

Die Beschäftigten werden sozialverträglich umgesetzt und stehen überwiegend für die Arbeit in der Ganztagsbetreuung zur Verfügung.

Ohne weitere Beratung lässt die Vorsitzende Frau Fritz über die vorliegende Beschlussempfehlung abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Gemeinde Stadland beschließt, den Hort zum 31.07.2026 zu schließen.

Abstimmungsergebnis

**Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0
einstimmige Beschlussempfehlung**

zu 11	Bericht über die Gruppenstruktur in den gemeindlichen Kindertagesstätten Vorlage: MV/029/2026
--------------	--

Sach- und Rechtslage:

Die Gemeinde Stadland betreibt sechs Kindertagesstätten in eigener Trägerschaft. In der Anlage ist eine tabellarische Übersicht beigefügt, aus der die Belegung der Gruppen bis zum 31.07.2026 sowie die geplante Belegung ab dem 01.08.2026 (Beginn des neuen Kindergartenjahres) hervorgeht. Es handelt sich um folgende Einrichtungen:

Kindertagesstätte Regenbogen, Rodenkirchen

In der Kindertagesstätte „Regenbogen“ in Rodenkirchen werden derzeit vier Gruppen betreut. Hierbei handelt es sich um drei Regelgruppen im Vormittagsbereich mit insgesamt 75 Plätzen sowie eine Ganztagesgruppe mit 25 Plätzen.

Aufgrund der zum Kindergartenjahr 2026/2027 neu eingerichteten Integrationsgruppe in der Kindertagesstätte „Löwenzahn“ wechseln mehrere Kinder im laufenden Kindergartenjahr in die Kindertagesstätte „Regenbogen“.

Die Betreuung der Kinder ist dort im Zeitraum von 07:00 Uhr bis 16:00 Uhr möglich.

Kindertagesstätte Löwenzahn, Rodenkirchen

Die Kindertagesstätte „Löwenzahn“ in Rodenkirchen betreut derzeit drei Krippengruppen mit maximal 45 Plätzen sowie zwei Kindergartengruppen mit insgesamt 50 Plätzen.

Zum Kindergartenjahr 2026/2027 wird eine Integrationsgruppe eingerichtet. Zukünftig wird die Einrichtung somit über drei Krippengruppen, eine Regelkindergartengruppe sowie eine Integrationsgruppe verfügen. Damit wird die Gemeinde Stadland künftig wieder über zwei Integrationsgruppen verfügen, eine in Schwei und eine in Rodenkirchen.

Für die Einrichtung der Integrationsgruppe wird derzeit ein entsprechendes Konzept erarbeitet. Die zuständige Fachberatung ist bereits einbezogen worden. Ebenso ist das Landesjugendamt über die Planungen informiert worden.

Da in einer Integrationsgruppe weniger Plätze zur Verfügung stehen, ist ein Wechsel einzelner Kinder erforderlich. Die Platzvergabe kann jedoch so organisiert werden, dass für alle betroffenen Kinder weiterhin ein Kindergartenplatz innerhalb des Ortsteils Rodenkirchen zur Verfügung steht.

In der Kita können die Kindergartenkinder von 07:00 Uhr bis 14:00 Uhr und die Krippenkinder von 07:00 – 15:00 Uhr betreut werden.

Kindertagesstätte Lüttje Lüü, Schwei

Die Kindertagesstätte „Lüttje Lüü“ in Schwei besteht im Vormittagsbereich aus einer integrativen Kindergartengruppe mit 17 Betreuungsplätzen, einer Regelkindergartengruppe mit 24 Betreuungsplätzen sowie einer Krippengruppe mit maximal 15 Betreuungsplätzen. Die Kindergartenplätze sind bis zum Ende des aktuellen Kindergartenjahres vollständig belegt, sodass derzeit keine weiteren Kinder aufgenommen werden können. Im Krippenbereich stehen noch fünf freie Plätze zur Verfügung. In der Kita können die Kinder von 07:00 Uhr bis 16:00 Uhr betreut werden.

Kindertagesstätte Traumland, Seefeld

Die Kindertagesstätte „Traumland“ in Seefeld umfasst zwei Regelkindergartengruppen mit jeweils 25 Plätzen sowie eine Krippengruppe mit maximal 15 Plätzen. Auch in dieser Einrichtung sind die Kindergartenplätze bis zum Ende des Kindergartenjahres vollständig belegt, sodass derzeit keine weiteren Aufnahmen möglich sind. Im Krippenbereich stehen noch fünf freie Plätze zur Verfügung. In der Kita können die Kinder von 07:00 Uhr bis 14:30 Uhr betreut werden.

Kindertagesstätte Deichkinder, Kleinensiel

Die Kindertagesstätte „Deichkinder“ in Kleinensiel bietet eine altersübergreifende Gruppe mit insgesamt 25 Plätzen an. In dieser Gruppe können Kinder im Alter von einem Jahr bis zum Schuleintritt betreut werden. Für das laufende Kindergartenjahr stehen derzeit noch 17 freie Plätze zur Verfügung. Für das kommende Kindergartenjahr liegen bislang vier Neuanmeldungen vor. In der Kita können die Kinder von 07:00 Uhr bis 14:00 Uhr betreut werden.

Hort Rodenkirchen

Das Hortangebot in Rodenkirchen umfasst derzeit eine Regelgruppe mit 20 Plätzen sowie eine Kleingruppe mit 12 Plätzen. Aufgrund der zum 01.08.2026 eingeführten Ganztagschule in Rodenkirchen sowie Seefeld-Schwei ist vorgesehen, den Hortbetrieb in Rodenkirchen zum 31.07.2026 einzustellen. Im Hort können die Kinder von 12:30 Uhr bis 16:30 Uhr betreut werden.

Ratsfrau Kuik-Janssen fragt nach, ob die Kinder aus dem Kindergarten „Löwenzahn“ nach der Krippenzeit grundsätzlich in einen anderen Kindergarten wechseln müssen. Zudem erkundigt sie sich, warum die Integrationsgruppe im Kindergarten „Löwenzahn“ eingerichtet wurde und nicht in einer anderen Einrichtung.

Frau Bauer erläutert, dass die Kinder nach Vollendung des dritten Lebensjahres regulär von der Krippe in den Kindergarten wechseln. Aufgrund der Einrichtung einer inklusiven Gruppe im Kindergarten „Löwenzahn“ stehen dort künftig weniger Plätze zur Verfügung. Daher werden ab dem 01.08. keine neuen Kinder mehr aufgenommen, sondern direkt dem Kindergarten „Regenbogen“ zugewiesen. Diese Regelung wurde teilweise bereits im laufenden Jahr umgesetzt. Auf Wunsch der Eltern konnten zudem Geschwisterkinder in den Kindergarten „Regenbogen“ wechseln, was zu einer erhöhten Abwanderung aus dem Kindergarten „Löwenzahn“ geführt hat. Die Betreuung aller Kinder sowie die gewünschten Betreuungszeiten konnten sichergestellt werden. Nach anfänglicher Unsicherheit hat sich die Situation inzwischen stabilisiert.

Herr Bürgermeister Stindt ergänzt, dass die inklusive Gruppe im Kindergarten „Löwenzahn“ eingerichtet wurde, da dort geeignete Strukturen sowie qualifiziertes Personal vorhanden sind.

Ratsfrau Hirdes erkundigt sich, warum ab dem 01.08.2026 weniger Plätze zur Verfügung stehen.

Frau Bauer erklärt, dass dies mit der Schließung des Hortes sowie der Einführung der Integrationsgruppe zusammenhängt, da in einer Integrationsgruppe weniger Kinder aufgenommen werden dürfen.

zur Kenntnis genommen

**zu 12 Beirat für Senioren und Behinderte
 Bericht zu Aktivitäten
 Übersicht über die verausgabten Mittel aus 2025
 Vorlage: MV/031/2026**

Sach- und Rechtslage:

Der Beirat berichtet zu den Aktivitäten und Planungen für 2026. Weiter werden die Planungen für den Seniorenpass 2026 vorgestellt. Abschließend wird zu den Ausgaben im Jahr 2025 berichtet.

Herr Tülp berichtet über die Aktivitäten und Planungen des Senioren- und Behindertenbeirats. Der Bericht wird dem Protokoll beigefügt.

Ratsfrau Kuik-Janssen bedankt sich für die Aktivitäten und äußert die Hoffnung, dass die Busfahrten nicht zu teuer werden.

Ratsfrau Hirdes spricht die Abrechnung an und fragt nach, warum ein größerer Betrag übriggeblieben ist, damit nicht der Eindruck entsteht, dass die Mittel nicht benötigt werden.

Herr Tülp erklärt, dass im vergangenen Jahr die geplanten Busfahrten nicht stattfinden konnten, da aufgrund fehlender Fahrer keine Busse zur Verfügung standen. Dadurch seien Mittel übriggeblieben und zurückgegeben worden. Für das laufende Jahr sind wieder Ausflüge geplant, die von den Bürgerinnen und Bürgern sehr positiv aufgenommen werden. Dabei wird bewusst auf kürzere Fahrten in der näheren Umgebung gesetzt, um den Bedürfnissen älterer Menschen gerecht zu werden. Geplant sind unter anderem Besuche auf Alpakahöfe oder gemeinsame Kaffee- und Kuchenausflüge.

Herr Bürgermeister Stindt bedankt sich für den Rechenschaftsbericht und hebt hervor, dass sich die Rolle des Beirats weiterentwickelt hat und eine größere Bürgernähe entstanden ist. Besonders erfreulich sei, dass der Seniorenpass wieder angeboten wird und die Ausflüge von den Bürgerinnen und Bürgern sehr positiv aufgenommen werden.

zur Kenntnis genommen

zu 13 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Bürgermeister Stindt teilt folgendes mit:

- Bauprojekte: Ausschreibungen für die Feuerwehr Schwei sind veröffentlicht (Baubeginn April 2026), Pflasterarbeiten am Schulweg Rodenkirchen haben begonnen.
- Instandsetzungen: Die Laufbahn am Sportplatz Seefeld wird instandgesetzt, Pflaster Schäden am Abser Hafen wurden behoben.
- Veranstaltungen: Termine wurden angekündigt, u.a. den europäischen Protesttag (7. Mai), den Umwelttag (21.03.2026), die Holzauktion (28.03.2026) und einen verlegten Wochenmarkt (02.04.2026).
- Spielgeräte Schwei: Bestellte Basketballkörbe sind im Zulauf.

zu 14 Anfragen der Ratsmitglieder

Ratsfrau Hirdes berichtet, dass im Bereich des Spiel- und Basketballplatzes am Dorfgemeinschaftshaus regelmäßig größere LKW auf der Fläche abgestellt werden. Da der Bereich auch von Kindern genutzt wird, wird das als problematisch und potenzielles Sicherheitsrisiko gesehen. Sie regt daher ein deutliches LKW-Parkverbot für diesen Bereich an.

Herr Bürgermeister Stindt ergänzt dazu, dass das Basketballfeld hinter die Betonabspernung verlegt werden soll.

Herr Helwig spricht erneut die Lärmbelästigung durch die OOWV-Anlage in Schwei an. Die Pumpe sei vor allem abends deutlich hörbar, und das Problem bestehe schon länger. Er fragt nach dem aktuellen Stand und wann mit einer Lösung zu rechnen ist.

Herr Bürgermeister Stindt erklärt, dass es aktuell keinen festen Starttermin oder konkreten Zeitplan gibt, aber er nochmal nachhakt.

Ratsherr Neels erkundigt sich, wann der beschädigte Pflanzkübel in der Molkereistraße ersetzt werden soll.

Herr Bürgermeister Stindt berichtet, dass dieser bereits bestellt ist und ersetzt werden soll, sobald er geliefert wird.

Ratsherr Haats erkundigt sich über die Straßenbeleuchtung in der Helgolandstraße 11.

Ratsfrau Hirdes erklärt, dass die Beleuchtung an der Rampe inzwischen gut funktioniert und bedankt sich für die gute Umsetzung durch die Verwaltung.

zu 15 Einwohnerfragestunde

Frau Gawronski erkundigt sich, ob die abgesunkene gepflasterte Fläche in der Molkereistraße im Bereich der Brücke instandgesetzt werden kann, da diese insbesondere für jüngere Menschen mit Rollern eine Gefahrenstelle darstellt.

Herr Bürgermeister Stindt erklärt, dass die Schäden in der Molkereistraße bereits erfasst wurden und eine Behebung vorgesehen ist. Die Abarbeitung der Mängel soll voraussichtlich im April und Mai erfolgen.

Frau Blohm spricht die Schulwegsicherheit im Zusammenhang mit der aktuellen Bebauung an und fragt, ob ein Schulweg geplant ist.

Herr Bürgermeister Stindt berichtet, dass der neue Weg derzeit aufgrund der Baustelle gesperrt ist. Nach Abschluss der Bauphase kann dieser wieder als Schulweg genutzt werden. Zudem fragt Frau Blohm, ob zur Erhöhung der Verkehrssicherheit während der Bauphase eine Einbahnstraßenregelung eingeführt werden kann, um Gefahrensituationen durch Baustellen-, Eltern- und Lieferverkehr im Schulbereich zu vermeiden.

Diese Möglichkeit soll geprüft und mit den zuständigen Stellen abgestimmt werden.

Weiter erkundigt sich Frau Blohm, ob die provisorischen Lehrerparkplätze entsprechend gekennzeichnet werden können, da diese mittlerweile auch von Eltern genutzt werden.

Herr Bürgermeister Stindt stimmte diesem Vorschlag zu.

Frau Blohm weist außerdem darauf hin, dass durch die Verlegung des Glasfaseranschlusses größere Straßenschäden entstanden sind. Die Anwohner befürchten, dass diese Schäden bestehen bleiben und sie später für die Sanierungskosten aufkommen müssen.

Herr Bürgermeister Stindt stellt klar, dass die Arbeiten noch nicht abgenommen wurden und die Abnahme erst nach vollständiger Fertigstellung erfolgt. Schäden können über „Sag’s uns einfach“ oder per E-Mail an info@stadland.de gemeldet werden.

Frau Herz berichtet, dass es in der Molkereistraße, die in einen verkehrsberuhigten Bereich übergeht, wiederholt zu Problemen mit zu schnell fahrenden Fahrzeugen kommt. Zusätzlich erschwert ein höherer Zaun die Sicht. Sie erkundigt sich, ob ein Warnschild auf die besondere Situation hinweisen kann.

Herrn Dollerschell merkt an, dass im neuen Baugebiet Seefeld bei der Notzufahrt zur Hauptstraße der Bordstein offenbar nicht abgesenkt ist. Im Ernstfall müssten Feuerwehr- oder Rettungsfahrzeuge diesen überfahren, was als problematisch eingeschätzt wird.

Herr Bürgermeister Stindt nimmt beide Anliegen mit auf.

Ilona Fritz
Vorsitzende

Harald Stindt
Bürgermeister

Alina Freese
Protokollführerin